Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 8

Artikel: Zur Bedeutung des 13. März
Autor: Wagner, R.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-331091

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Bedeutung des 13. März.

Von Dr. *Rob. Wagner*, Bern.

Nachdem die deutsche Sozialdemokratie in den Jahren 1928 bis 1930 ungefähr zwei Jahre lang an einer Koalitionsregierung teilgenommen hatte, kam es im Frühling 1930, wie es heißt, unter weitgehender Mitwirkung des Reichspräsidenten Hindenburg, zur Bildung der heute noch im Amt befindlichen Regierung Brüning, parlamentarisch gestützt unter anderen auf das Zentrum, die deutsche Volkspartei und einige bürgerliche Splittergruppen, so auf die von den Deutschnationalen abgelöste konservative Agrariergruppe Schiele-Westarp-Treviranus. Die SPD. stimmte im Sommer gegen diese Regierung und versetzte sie dadurch in Minderheit, worauf Brüning den Reichstag auflöste.

Die Neuwahlen fanden am 14. September 1930 statt. Es waren Krisenwahlen. Brüning erhielt keine Mehrheit; aber auch die SPD. erlitt einen Rückschlag, während die Kommunisten ihre Position verstärkten und die Nazis auf über 100 Mandate hinaufschnellten und ihre Stimmenzahl auf über 6 Millionen steigerten.

Auf die verhängnisvolle internationale Bedeutung dieser Wahlen ist hier nur nebenbei hinzuweisen. Sie vermehrten die internationale wirtschaftliche Spannung, erweckten überall schwere Befürchtungen und Mißtrauen in die deutsche Politik, die sich in unabsehbare Abenteuer zu verwickeln schien, untergruben die Verständigungsmöglichkeiten, namentlich auch mit Frankreich, schwächten Briand und stärkten Tardieu und leiteten überall den Nationalisten und Rüstungspolitikern das Wasser auf die Mühle.

Noch größer war die innerpolitische Bedeutung der Septemberwahlen. Nicht daß etwa mit dem Trommler Hitler eine überragende Figur auf die Weltenbühne getreten wäre. Auch wenn man sich ganz objektiv Mühe gibt, aus seinen Publikationen («Mein Kampf» und «Völkischer Beobachter») ein Bild seiner Persönlichkeit und seines politischen Wollens zu gewinnen, so wird man, wenn einem hierfür Schlagworte, Rhetorik, Allgemeinheiten und Halbwahrheiten nicht genügen, immer wieder sich sagen müssen, das Eigenartige und eigentlich Erschütternde liege nicht erst darin, daß ein Mann dieses Formats hundert Jahre nach Goethes Tod in einer führenden Kulturnation als Kandidat für die höchste, mit entscheidenden Machtbefugnissen ausgestattete Stelle 11 Millionen Stimmen erhalten konnte, sondern schon darin, daß er *als Kandidat überhaupt möglich war*. Die Zeit, in der das möglich ist, ist wirklich «aus den Fugen».

Schaut man freilich etwas näher zu, so wird man eher begreifen, wie schon im September 1930 eine 6-Millionen-Armee von Hitlerleuten zustande kommen konnte.

Die Agitation der Nazis wendet sich einmal an den bei vielen persönlich uneigennützigen, starke Antriebe auslösenden nationalen Idealismus, namentlich der heranwachsenden Jugend, die den Krieg nicht mehr aus eigener Anschauung kennt, und zum Teil durch eine stark nationalistische Lehrerschaft für diese Agitation empfänglich gemacht wird. Sie verweist darauf, was Deutschland vor dem Kriege war und was es heute ist. Vor 20 Jahren geschah in der Welt nichts ohne den Willen Deutschlands. Das Reich war auf allen Gebieten (Politik, Wirtschaft, Technik, Wissenschaft, Kultur) führend: «Deutschland in der Welt voran!» Alles das ging verloren, nach Hitler und Konsorten nicht etwa deswegen, weil das frühere politische «System» fast die ganze Welt durch seinen Uebermut und seine Unfähigkeit gegen sich aufbrachte, und dann den Krieg verlor wie den Frieden, so daß der Kriegsgott Ludendorff um Waffenstillstand einkommen mußte, sondern weil die Juden und die Sozi, die heute die Republik regieren, den zum Greifen nahen Sieg verschacherten, dem siegreichen Heer den Dolch in den Rücken stießen, den Versailler Schmachfrieden schlossen und sich jetzt als bestochene Agenten des Feindbundes, als widerwärtige, untermenschliche Bonzen und Schwindler aus dem Elend der armen, unschuldigen deutschen Massen mästen. Das wird den Leuten eingebläut, und da viele nichts anderes hören, begreift man es, wenn sie es ganz ernsthaft für eine hohe sittliche Pflicht erachten, dem neuen Barbarossa, der zur Rettung des alten Glanzes aus dem Kyffhäuser aufgestanden ist, dem unvergleichlich reinen Deutschen Adolf Hitler, zu helfen.

Besonders leicht war es auch, bei den Millionen der politisch nicht organisierten Arbeitslosen die Ueberzeugung wachzurufen, die Krise sei das Werk der «Novemberverbrecher» und werde sofort verschwinden, wenn einmal das Dritte Reich erkämpft sei. Die Hunderttausende der durch den Krieg und besonders seine Folgen (Inflation, Wirtschaftskrise) deklassierten Mittelständler, die sich früher zum guten Teil um politische Fragen und Zusammenhänge gar nicht gekümmert hatten, waren der neuen Marktschreierei gegenüber geistig vollkommen waffenlos.

Den Arbeitern und Bauern versprach die «Arbeiterpartei» Hitlers gesicherten Arbeitsertrag und gesicherte Existenz, Befreiung von der Herrschaft des zinsheischenden Kapitals, von jüdischem Wucher und bonzischer Ausbeutung, neue Siedlungsmöglichkeiten usw., und die Bauern, von denen viele ebenfalls nichts anderes hörten, sagten, man könne es einmal probieren.

Den Agrariern flüsterte Hitler nebenbei zu, daß es mit der Enteignung usw. nicht so gefährlich sei; es gelte zunächst, einmal zur Macht zu gelangen.

Aehnliches eröffnete er im Vertrauen der Schwerindustrie und andern Kapitalisten, die in ihm verständlicherweise bald ein äußerst taugliches Werkzeug sahen, um den Einbruch des

Sozialismus in die Leitung des Staates und zugleich die nur schwer ertragenen Beschränkungen der freien Wirtschaft (Achtstundentag, Arbeitsrecht, Versicherungswesen, Schlichtungswesen) loszuwerden. Vor allem aus erhofften sie von ihm oder seiner Nutzbarmachung die in Italien so wirkungsvoll erprobte Ausschaltung der Arbeiter aus der politischen Betätigung durch Aufhebung der demokratischen Verfassung und aller Volksrechte. Um so Herrliches zu erreichen, spendeten sie Hitler für seine Agitation phantastische Summen.

Zugänglich waren der Rattenfängermelodie der Nazis sodann überhaupt alle Verbitterten, Enttäuschten, sozial Versprengten und Deklassierten, von den abgehalfterten Fürsten, Prinzen und Generalen bis zu den im Stiche gelassenen Frontkämpfern und den abgedankten Offizieren. Da Hitler und sein Stab über sehr große Geldmittel verfügten, gelang es ihm, eine bis in die entferntesten Dörfer hinaus reichende Agitation zu eröffnen und zu diesem Zwecke eine Art Privatarmee mit halbmilitärischer, das italienische Vorbild nachahmender und ergänzender Organisation, landsknechtmäßiger Parteidisziplin und Neigung zur Gewalt und Brutalität zusammenzutrommeln, die eventuell auch für Putschgelüste ein taugliches Werkzeug bilden könnte.

Die deutsche Sozialdemokratie stand nach dem 14. September 1930 vor der außerordentlich schweren und dornigen Aufgabe, in genauer Abwägung aller wirklich bedeutungsvollen Faktoren ihre Taktik zu bestimmen. Man darf sagen, sie habe die Schwere der Gefahr begriffen und ohne Furcht dieser Erkenntnis gemäß gehandelt. Das italienische Beispiel war nicht umsonst. Der italienische Faschismus vermochte erst dann sein Ziel zu erreichen, als es ihm gelungen war — infolge der Schwäche oder der Felonie der Regierung und des Königs —, die staatlichen Machtmittel in seine Hand zu bekommen. Diese Machtmittel sind so vielfältig und so entscheidend, daß ihrer rücksichtslosen Einsetzung durch den Faschismus endlich auch die letzten, bis zu diesem Augenblick immer noch heroisch Widerstand leistenden Arbeiterorganisationen erlagen. Zugleich wurde die demokratische Verfassung aufgehoben, die Volksrechte ebenso, die Arbeiter, jedes Verteidigungsmittels beraubt, mit Gewalt in die mussolinischen Korporationen hineingezwungen, zu Staatssklaven erniedrigt.

In Deutschland und bei uns gab es damals und gibt es heute noch Leute, die glauben, die SPD. hätte damals nicht Brüning tolerieren, sondern in rücksichtslose Opposition zu ihm treten müssen. Auf diese Weise hätte sie das Vertrauen der notleidenden Kreise gewinnen und der Konkurrenz der KPD. standhalten können. Damit hätte sie ihre Position so sehr gekräftigt, daß sie bei Neuwahlen unfehlbar triumphiert hätte. Der Nationalsozialismus hätte niemals seine messianische Rolle spielen können.

Irgendwelche illegale Versuche hätten, wie zur Zeit des Kapp-Putsches, durch den Generalstreik lahmgelegt werden können.

Diese Betrachtungsweise mag mutig und unentwegt scheinen; sie trägt aber den wirklichen Verhältnissen nicht oder nicht genügend Rechnung. Einmal muß auf die so schmerzliche Tatsache verwiesen werden, daß leider das deutsche Proletariat heute zu einer einigen Aktion infolge der Haltung der KPD. nicht gelangen kann. Eine Einigung mit den Kommunisten, deren Politik ja von Moskau aus, und nicht in erster Linie mit Rücksicht auf deutsche Verhältnisse, dirigiert wird, hätte nur durch die vollständige Selbstaufgabe der sozialdemokratischen Organisationen oder die restlose Unterordnung unter das Moskauer Diktat erreicht werden können. Es ist gewiß sehr schade, daß es so ist. Wäre es anders, dann wäre Hitler mit seinem ganzen Klamauk in der Tat nicht gefährlich; aber die SPD. kann es nicht ändern, wenn sie sich nicht einer Taktik unterordnen will, die sie in Anbetracht der wirklichen Verhältnisse als für das Proletariat verderblich betrachten muß.

Vielleicht hätte eine scharfe Opposition gegen Brüning vorübergehend agitatorische Vorteile geboten und einige hunderttausend ohnehin unsichere Kantonisten bei der Stange gehalten, einige Wahlmißerfolge gemildert oder verhindert usw. Aber man übersieht bei dieser Betrachtungsweise die Hauptsache, die besondere Natur des Gegners. Der Nationalsozialismus beschränkt sich nicht auf die Rolle eines Gegners innerhalb des verfassungsmäßigen Staates; er proklamiert eindeutig die Absicht, die ganze gegenwärtige Rechtsordnung wegzufegen und ein ganz neues System an seine Stelle zu setzen, und er organisiert sich auch ebenso eindeutig auf dieses Ziel hin und stellt hierzu nicht nur die Mittel des demokratischen Rechtsstaates, sondern *Gewaltmittel* bereit.

Der erhoffte Agitationserfolg in der Opposition hätte sich nur bei fortdauernder Agitationsmöglichkeit auswirken können. Damit wäre es aber nach der Machtergreifung durch die Nazis *sofort zu Ende gewesen.* Man braucht hierfür nicht einmal auf *Italien* zu verweisen; das *Bayern* Kahrs, das *Braunschweig* des famosen Klagges bieten Belehrung genug. Wenn auch die Boxheimer Erschießungs- und Hängetaktik kaum ohne Einschränkung angewendet werden könnte — die Freiheit der Presse, die Vereinsfreiheit, die Versammlungsfreiheit wären für alle Nichtnazis und besonders für die proletarischen Parteien dahin. Die zu Staatsorganen gewordenen Faschistenbanden, und neben ihnen die zum Teil heute schon unverständliche Justiz, würden dafür sorgen. Die Gewerkschaften würden zum mindesten niedergehalten und gelähmt. *Reichswehr und Polizei* würden *«gereinigt» und umorganisiert* und *Werkzeuge der faschistischen Staatslenker*, wie in Italien. Die Nazis proklamieren ganz offen das bekannte Prinzip aller Reaktionäre: Wir verlangen alle

Rechte von euch, kraft eures Prinzips; wir werden sie aber euch verweigern, kraft unseres Prinzips.

Gewiß kann man annehmen, daß der Widerstand in Deutschland ein anderer sein würde als in Italien, obwohl man oft geneigt ist, die Opfer, die in Italien von den Proletariern im Kampf gegen den Faschismus gebracht wurden, zu unterschätzen. Große Worte sind billig. Aber immerhin: Gewerkschaften, Reichsbanner, auch wohl die Eiserne Front, sie würden zweifellos das Ihre tun. Aber nachdem das liberale Bürgertum in Deutschland kaum noch sich ermannen könnte, würde ganz ohne allen Zweifel in dem Kampfe gegen den *barbarischen*, um *Reichswehr*, *Polizei* und *Gerichte* verstärkten Gegner das Hauptopfer an Blut und Tränen von der Arbeiterschaft zu zahlen sein.

Wie sollte der soziale Klassenkampf geführt werden, wenn die primitivsten Mittel hierzu, die man längst gesichert glaubte, neu erkämpft werden müßten! Der Gegner ist heute ganz anders organisiert als im Jahre 1923. Auch wenn man als sicher annimmt, daß er endgültig doch nicht so weit käme wie in Italien, so stellt sich doch schließlich das Problem so, ob es nicht *vorteilhaft* ist, ob es nicht sogar Pflicht ist, so lange als möglich dem Todfeinde die Verstärkung durch die Staatsmittel vorzuenthalten. Zu Wahlen nach dem allgemeinen, geheimen Stimmrecht, in denen die Proletarier ihre Macht zeigen könnten, würde es unter der Naziherrschaft natürlich gar nicht mehr kommen.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft in ihrer übergroßen Mehrheit begriff die Notwendigkeit der eingeschlagenen Taktik, wie sich gerade bei der Wahl des 13. März gezeigt hat; die Absplitterung der Sozialistischen Arbeiterpartei der Rosenfeld, Seydewitz usw. konnte deshalb nicht die von manchen erwarteten Folgen haben.

Die Stellungnahme der Partei in der soeben erwähnten Wahl, in der die Partei dem Kandidaten Hindenburg im ersten Wahlgang die entscheidenden Millionen von Stimmen brachte, war auf ähnliche Erwägungen zurückzuführen wie die Tolerierungspolitik. Es wäre gefährlich gewesen, im ersten Wahlgang gesondert vorzugehen. Es handelte sich nicht um eine Prinzipien*demonstration*, sondern um eine *politische Aktion* von *gewaltiger realer Tragweite*, die durch eine gesonderte Heeresführung in ähnlicher Weise hätte gefährdet werden können wie die Zusammenarbeit der Gegner infolge des Uebermutes der Hitlermänner. Hugenberg und Hitler-Goebbels haben sich gründlich auseinandergeschimpft.

Hitler war des Sieges sicher oder tat wenigstens so. Er rechnete auf 12, 15, 18 Millionen Stimmen, auf die sichere Wahl spätestens im zweiten Wahlgang. Er lehnte jede Unterstützung ab; die Nazis wollten bei der Beuteverteilung des Dritten Reiches unter sich sein. Wäre der Streich gelungen, er hätte entscheidend

werden können. Mit der Regierung Brüning im Reich, mit dem Regiment Braun in Preußen wäre es bald aus gewesen.

Man sage nicht, die disparate Gefolgschaft Hitlers hätte sofort auseinanderbrechen müssen, die Widersprüche seiner Demagogie, seine Ideen- und Planlosigkeit hätten an den Tag kommen und seinen Ruin herbeiführen müssen. Auch der italienische Faschismus hat seine Doktrin, soweit er eine hat, zum Teil erst nachträglich begründet; es gibt bekanntlich, wie schon der alte Fritz sagte, immer Gelehrte genug, eine erfolgreiche Unternehmung nachträglich zu rechtfertigen und philosophisch zu «unterbauen». Hinter Hitler stehen Leute, die genau wissen, was sie wollen, für die der gute Braunauer Malergeselle nur eine Drahtpuppe ist, und die, einmal die Macht in der Hand, für deren Erhaltung auf legalem oder weniger legalem Wege schon gesorgt hätten.

Es handelt sich bei der Präsidentschaft der Deutschen Republik auch nicht etwa nur um eine Repräsentationsstellung, abgesehen davon, daß eine begabte und entschlossene Persönlichkeit auch aus einer solchen Stellung gar manches machen kann, was man nicht gleich vermuten sollte, wie ein Blick etwa auf die Regierungstätigkeit König Eduards VII. von England ohne weiteres dartut.

Wie ein Blick auf die deutsche Reichsverfassung, u. a. auf Art. 48, lehrt, verfügt der deutsche Reichspräsident über eine sehr beachtenswerte positive Machtstellung, wie sich gerade in der abgelaufenen Amtsperiode gezeigt hat, auch etwa zur Zeit der Kapp-Episode, als Ebert Präsident war. Es kommt sehr darauf an, ob ein Präsident es ernst nimmt mit seiner Aufgabe, die Verfassung zu wahren, oder ob er seine Würde als Mittel betrachtet, die Republik ihren Feinden in die Hände zu spielen. Hindenburg hat gewiß die Möglichkeiten, die ihm die Reichsverfassung an die Hand gab, in konservativem Sinne ausgenutzt, aber er hat den Mißbrauch und den Bruch der Verfassung abgelehnt.

Und nun mag man sagen, was man will, der 13. März war ein Erfolg der demokratischen Deutschen Republik und damit auch, wie die Dinge heute liegen, *des deutschen und des internationalen Sozialismus.* Der Glaube an die Unbesiegbarkeit Hitlers, an die Unvermeidlichkeit eines Naziregiments hat einen mächtigen Stoß erlitten. Die Geldgeber werden durch diesen Versager zum mindesten nicht gebelustiger gestimmt, die Kohäsion der besiegten Partei nicht gefördert, die Konzentrationsmöglichkeit der gegnerischen Kräfte ebenfalls nicht. Die Verteidigung der errungenen sozialen und politischen Positionen des Proletariats ist als erfolgversprechend erkannt worden; durch die Zusammenarbeit mit den nicht sozialistischen, aber endlich die Klasseninteressen doch einigermaßen erkennenden Gewerkschaften sind neue Aussichten für die Zukunft

eröffnet worden; die Konkurrenz der Kommunisten hat von der Tolerierungspolitik nicht die befürchteten oder erhofften Vorteile gehabt, indem die KPD. statt der erhofften 6 bis 7 Millionen Stimmen nur etwa 5 Millionen auf ihren Thälmann zu vereinigen vermochte.

Selbstverständlich ist noch sehr viel zu tun. Der Hitlerismus, der *National*sozialismus ist *nicht erledigt*. Seine eingangs erwähnten Rekrutierungsgebiete bleiben ihm offen. Die Nazis haben sich als zahlenmäßig stärkste Partei ausgewiesen, und ihre Aussichten für die Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg und Baden am 24. April sind günstig. Vielleicht wird die bisherige Mehrheit im preußischen Landtag (SPD., Zentrum, Staatspartei-Demokraten) fallen, so daß die Regierung Braun gegenüber den Rechtsparteien und den Kommunisten nach dem 24. April keine Mehrheit mehr haben wird. Aber die Wahl des 13. März eröffnet auch für die Rechtsparteien keine Mehrheitsaussichten, und daß unter diesen Umständen, besonders wenn die Nazis auf ihrer Intransigenz beharren, *die Regierung Braun den Platz räumen werde, ist nicht ohne weiteres anzunehmen.*

Welche Weltbedeutung der Wahl zukommt, darüber geben die Aeußerungen der internationalen Presse Auskunft. Ueberall, namentlich auch deutlich in *Amerika*, wird erklärt, die Wahl Hitlers oder günstige Aussichten für die Stichwahl hätten die internationalen Beziehungen wirtschaftlicher und politischer Natur in unabsehbarer Weise kompliziert. Aehnlich tönt es aus England, Belgien, Holland, Oesterreich usw. Und die sozialdemokratische Presse aller Länder ist fast ausnahmslos auf den Ton gestimmt, den der gewiß nicht eines unnötigen Opportunismus verdächtige Léon Blum im «Populaire» angestimmt hat, wonach am 13. März 1932 ein für das gesamte internationale Proletariat wichtiger Erfolg durch die kampfmutige Entschlossenheit des in der SPD. organisierten deutschen Proletariats in allererster Linie erreicht wurde. *Nicht zufrieden* sind die italienischen, bekanntlich alle auf das gleiche Stichwort hörenden Zeitungen. Sie sehen im Resultat des 13. März einen Sieg der Nazis, eine Niederlage des internationalen Sozialismus. Ein Zeichen dafür, daß der Duce sich über die Abfuhr Hitlers ärgert und diesen jüngern Bruder trotz aller zur Schau getragenen Geringschätzung doch als Figur in sein politisches Spiel eingestellt hatte. Mißgünstig äußern sich auch die französischen Faschisten, anerkennend dagegen die Organe der Linksparteien. Unzufrieden ist endlich auch Moskau.

Wäre der Faschismus in Deutschland siegreich, so wären die Folgen für die ganze Kulturwelt, für das internationale Proletariat unabsehbar. In Oesterreich zum Beispiel wären die demokratische Ordnung und alle schönen sozialen Errungenschaften stark gefährdet, die Reaktion würde aber auch überall sonst,

natürlich auch bei uns, einen starken Antrieb erhalten. Es möge nur an gewisse Artikel des «Berner Tagblattes» erinnert werden. Die *internationalen Spannungen* zwischen den einzelnen Staaten würden in *gefährlichem Maße vermehrt*, die Verständigungsmöglichkeiten neuerdings schwer gefährdet, *der Glaube an die Gewalt und ihre Verherrlichung gestärkt.*

Die SPD. mag in sturmbewegter Zeit Irrtümer begangen haben. Am 13. März aber hat das in ihr organisierte Proletariat sich durch seine opfervolle Energie und Geschlossenheit *um das Weltproletariat verdient gemacht.* Es wird wohl keinen Genossen geben, der dies nicht *dankbar anerkennt* und der *seinem fernern noch so schweren und folgenreichen Ringen* nicht *mit der gespanntesten Aufmerksamkeit* und der wärmsten Sympathie folgen wird.

Wirtschaftspläne und Planwirtschaft in Rußland.

Von Dr. *Judith Grünfeld.*

Anfang Februar tagte in Moskau die XVII. Konferenz der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, auf der die Vertreter der Sowjetregierung sehr ausführliche Berichte über das Wirtschaftsjahr 1931, den Wirtschaftsplan für 1932 und über den neuen Fünfjahrplan 1932/37 erstatteten. Die Berichterstatter trugen dabei einen beneidenswerten Optimismus zur Schau. Sofern es sich um die Lobpreisung der Erfolge, die man im Jahre 1932 und im Jahrfünft 1932/37 zu verzeichnen haben wird, handelte, zeigte es sich wieder einmal, wie sehr die Sowjetregierung geneigt ist, ihre wirtschaftliche *Ziel*setzung *so* zu preisen, als ob nicht von *geplanten*, sondern von bereits vollbrachten Erfolgen die Rede wäre. Der Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1931 berechtigt wohl angesichts der ausgewiesenen Produktionssteigerung zur Genugtuung, aber aus der Fülle des Zahlenmaterials ging doch hervor, daß die Produktion nicht *entsprechend* dem Wirtschaftsplan für 1931, sondern vielfach in starker *Abweichung* von ihm sich gestaltete. Je mehr man die *Ueber*schreitung der Produktion in einzelnen Industriezweigen pries und je mehr man über die *Unter*schreitung des vom Plan vorgeschriebenen Produktionsquantums in den andern Industrien sich entrüstete, desto deutlicher wurde, daß in *beiden* Fällen nicht eine *plan*wirtschaftliche, sondern eine widerspruchsvolle *planlose* Entwicklung vor sich ging. Die Folge sind sehr schwerwiegende *Disproportionalitäten*, die im drückenden Kohlenmangel und Eisenhunger besonders deutlich in Erscheinung treten. Diese Knappheit, die einen heftigen Kampf der Betriebe untereinander um die Kohlen- und Eisenbelieferung auslöst, wurde dadurch verursacht, daß die Kohlen- und Eisen-